

Abtreibungsdebatte im Europäischen Parlament entfacht Spaltung und Hass

(<https://www.politico.eu/article/abortion-debate-european-parliament-division-hatred/>)

Führende Europaabgeordnete im Visier vor der Abstimmung über reproduktive Gesundheit und Rechte von Frauen



Eine Resolution zur Abtreibung, über die das Europäische Parlament am Donnerstag abstimmen wird, hat sich als so spalterisch erwiesen, dass der Europaabgeordnete, der dahinter steht, Hassmails erhalten hat, mit Hitler verglichen wurde und Puppen von Föten in sein Büro geschickt bekam.

Der Text - über "die Situation der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte in der EU, im Rahmen der Frauengesundheit" - führte in seiner ursprünglichen Form zu mehr als 500 Änderungsanträgen von Mitgliedern des Parlaments, mit zwei alternativen Texten, die von konservativen Abgeordneten vorgelegt wurden, und er führte zu ernsthaften Streitigkeiten innerhalb der Mitte-Rechts Europäischen Volkspartei.

Offizielle und beteiligte Abgeordnete gaben zu, dass sie noch nie eine so heftige und gut koordinierte Kampagne erlebt haben wie die derjenigen, die die Resolution blockieren wollten.

"Der Druck von außen ist immens und wir sind mit Hass-E-Mails, Online-Petitionen gegen mich konfrontiert ... sie vergleichen mich mit Hitler, behindern den Bericht und sie haben eine starke Desinformationskampagne", sagte Predrag Fred Matic, ein kroatischer Europaabgeordneter von der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten, der das Dossier leitet. Er fügte hinzu, dass "Anti-Gender-Bewegungen" so weit gegangen seien, "kleine Fötus-Puppen in unsere Büros zu schicken."

"Es zeigt uns, dass Kämpfe, von denen wir dachten, wir hätten sie vor vielen Jahren gewonnen, wie der über den gleichberechtigten Zugang zur Gesundheitsversorgung, [sind] nicht der Fall," sagte Matic.

Matic's Bericht fordert die EU-Länder auf, anzuerkennen, dass alle sexuellen und reproduktiven Gesundheits- und Menschenrechte (SRGR), einschließlich des legalen und sicheren Zugangs zu Abtreibung, moderner Empfängnisverhütung, Fruchtbarkeitsbehandlung und Mutterschaftsbetreuung, Menschenrechte sind, die nicht verletzt werden dürfen. Sie kritisiert auch die sogenannte "Gewissensklausel", die es Ärzten erlaubt, Abtreibungen zu verweigern, wenn sie nicht daran glauben. Eine Verweigerung der Abtreibung "aus religiösen oder Gewissensgründen", so der Text, "gefährdet das Leben und die Rechte der Frauen".

Der Text, der im Mai mit überwältigender Mehrheit im Parlamentsausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter angenommen wurde und über den am Donnerstag die gesamte Versammlung abstimmen wird, zielt in erster Linie auf Länder wie Malta und Polen, die den Zugang zur Abtreibung verbieten oder einschränken. Aber er beschuldigt auch einige Regierungen, SRGR-Dienste wegen der Coronavirus-Pandemie einzuschränken oder aufzuheben.

"Dieser Bericht kommt zu einem entscheidenden Zeitpunkt in der EU, da Rückschläge und Rückschritte bei den Frauenrechten an Fahrt gewinnen und zur Aushöhlung erworbener Rechte beitragen und die Gesundheit von Frauen gefährden", heißt es in einer Erklärung, die den Bericht begleitet.

Während Fraktionen der linken Mitte und der Linken, einschließlich der liberalen Renew Europe und der Grünen, sagten, sie würden den Text unterstützen, ist die Frage der sexuellen und reproduktiven Rechte seit langem ein Thema, das im Parlament heftig umstritten ist. Im

Jahr 2013 lehnten die Abgeordneten einen ähnlichen Bericht ab, der von Edite Estrela, damals Abgeordnete der portugiesischen Sozialdemokraten und heute Mitglied des nationalen Parlaments, verfasst worden war.

Damals nahmen die Abgeordneten schließlich eine alternative Entschließung der EVP und der Europäischen Konservativen und Reformisten an, die feststellte, dass die Formulierung und Umsetzung von Maßnahmen zur SRGR und zur Sexualerziehung in Schulen in der Verantwortung der EU-Länder liegt.

Die EVP hat dieses Mal eine ähnliche Taktik versucht, aber es gibt Risse in ihrer Einheit, besonders zwischen den konservativeren Fraktionen Südeuropas und ihren nördlichen (und gelegentlich östlichen) Gegenstücken. Die Fraktion hat ihre eigene, abgeschwächte Version des Matić-Berichts vorgelegt, die besagt, dass Abtreibung "keine Form der Empfängnisverhütung" ist und dass "die Regulierung der Bereitstellung von SRHR- und Abtreibungsversorgung in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt." Er stellt auch klar, dass Ärzte das Recht haben, sich auf eine Gewissensklausel zu berufen, "wenn sie gebeten werden, Verfahren durchzuführen, die gegen ihre grundlegenden Überzeugungen sind." Ein hochrangiges Mitglied der EVP sagte, er werde gegen den S&D-Text stimmen, da "wir bereits nationale Gesetze haben" und "Abtreibung kein Menschenrecht ist."

"Wir müssen die Einzigartigkeit dieses Textes unterstreichen", sagte ein anderes Mitglied der EVP aus einem südeuropäischen Land und bezog sich dabei auf den Matić-Bericht. "Wir haben noch nie einen solchen Angriff auf die Gewissensklausel erlebt" und "die Bestimmungen, die vorgeschlagen werden, überschreiten weitgehend die Kompetenz der EU."

Andere haben jedoch andere Ansichten. Janina Ochojska, eine polnische Abgeordnete der EVP, sagte, sie werde für den S&D-Bericht stimmen, weil "es nicht, wie allgemein angenommen wird, um Abtreibung geht, die ein sehr polarisierendes Thema ist."

"Es geht um einen anderen grundlegenden Aspekt: die Gesundheit von Frauen", sagte Ochojska. "Im Prinzip sind die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die Rechte von Frauen untrennbar mit dem Grundrecht auf Gesundheit, der Gleichstellung der Geschlechter und der Beseitigung von geschlechtsspezifischer Gewalt verbunden."

Zu den Kritikern des Textes gehört auch die ECR-Fraktion, die einen eigenen Text vorgelegt hat, in dem es heißt, dass Abtreibung "nicht den Status eines Menschenrechts nach internationalem Recht ... und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Gerichtshofs der Europäischen Union hat."

Am Mittwoch forderte Ryszard Legutko, ein polnischer Abgeordneter und Co-Vorsitzender der EKR, das Parlament sogar auf, Artikel 197 seiner internen Regeln auszulösen und das Thema von der Tagesordnung der Plenarsitzung zu nehmen. Seine Kollegen, die polnische Abgeordnete Jadwiga Wiśniewska und ihre spanische Kollegin Margarita de la Pisa Carrión gingen in ihren schriftlichen Stellungnahmen zu dem Bericht sogar so weit, dass sie sagten, der Text ermutige Frauen, "sich von Fruchtbarkeit und Mutterschaft abzuwenden."

Aber die Empörung gegen Matic's Bericht ging weit über die EVP und das Europäische Parlament hinaus.

In Polen hat Ordo Iuris, eine fundamentalistische Organisation, eine Petition mit dem Titel "Stoppt den Matic-Bericht" veröffentlicht.

In der Slowakei stimmten die Abgeordneten für eine Resolution, in der es heißt, dass "Fragen der Gesundheitspolitik und Bildung in die Zuständigkeit der Nationalstaaten fallen." Die maltesische Anti-Abtreibungsgruppe "Doctors for Life" kritisierte den Bericht ebenfalls.

"Es ist ein beängstigender Text, weil er Abtreibung als etwas darstellt, das gut ist, etwas, das wir uns wünschen, etwas Erstrebenswertes wie eine Art von Freiheit", sagte Grégor Puppink, der Direktor der konservativen Nichtregierungsorganisation European Centre For Law and Justice, in einem auf YouTube veröffentlichten Video.

Übersetzt mit www.DeepL.com/Translator (kostenlose Version)